

Ein anderes legales gesamtrussisches Organ der Partei war die bolschewistische Fraktion in der IV. Reichsduma.

Im Jahre 1912 schrieb die Regierung die Wahlen zur IV. Duma aus. Der Teilnahme an den Wahlen maß unsere Partei große Bedeutung bei. Die sozialdemokratische Dumafraktion und die Zeitung „Prawda“ waren die wichtigsten legalen Stützpunkte in gesamtrussischem Maßstab, von denen aus die bolschewistische Partei ihre revolutionäre Arbeit in den Massen durchführte.

Die bolschewistische Partei trat in den Dumawahlen selbständig, mit ihren eigenen Losungen auf und versetzte gleichzeitig sowohl den Regierungsparteien als auch der liberalen Bourgeoisie (den Kadetten) empfindliche Schläge. Die Wahlkampagne wurde von den Bolschewiki unter den Losungen der demokratischen Republik, des achtstündigen Arbeitstages, der Konfiskation des Gutsbesitzerlandes geführt.

Die Wahlen zur IV. Duma erfolgten im Herbst 1912. Anfang Oktober versuchte die mit dem Verlauf der Wahlen in Petersburg unzufriedene Regierung, das Wahlrecht der Arbeiter in einer Reihe von Großbetrieben zu verletzen. Als Antwort darauf rief das Petersburger Komitee unserer Partei auf Vorschlag des Genossen Stalin die Arbeiter der größten Betriebe zu einem eintägigen Streik auf. Die Regierung, in eine schwierige Lage gebracht, mußte zurückweichen, und die Arbeiter erhielten die Möglichkeit, in Versammlungen diejenigen Kandidaten zu wählen, die ihr Vertrauen hatten. Die Arbeiter stimmten mit riesiger Mehrheit für den von Genossen Stalin verfaßten „Wählerauftrag“ an die Bevollmächtigten und an den Deputierten. Der „Wählerauftrag der Petersburger Arbeiter an ihren Arbeiterdeputierten“ rief die ungelösten Aufgaben des Jahres 1905 in Erinnerung.

„... Wir sind der Meinung“, hieß es in dem „Wählerauftrag“, „daß Rußland am Vorabend kommender Massenbewegungen steht, die vielleicht tiefer sein werden als im Jahre 1905... Vorkämpfer dieser Bewegungen wird wie im Jahre 1905 die fortgeschrittenste Klasse der russischen Gesellschaft sein, das russische Proletariat. Sein Bundesgenosse aber kann nur die vielgeprüfte Bauernschaft sein, die an der Befreiung Rußlands von feudalen Fesseln ein Lebensinteresse hat.“

Der „Wählerauftrag“ erklärte, daß die künftigen Aktionen des Volkes die Form eines Zweifrontenkampfes annehmen müssen — sowohl gegen die zaristische Regierung als auch gegen die liberale Bourgeoisie, die eine Verständigung mit dem Zarismus suchte.